

«Eine Statthalterin hat durchaus Spielraum, den sie nützen kann»

Von **Wolf Röcken**. Aktualisiert am 31.05.2013

Simone rebmann (GPB) wirbt für sich als «zielstrebige, unabhängige Kandidatin». Ihre Aussenseiterkandidatur versteht sie auch als Beitrag zu einer «demokratischen Wahl».

Artikel zum Thema

«Man braucht in diesem Amt ein dickes Fell»

Im Internet ist sie schon einen Schritt weiter: Die Webseite **www.regierungsstatthalterin.ch** reservierte sie, als sie entschied anzutreten. Doch vorerst ist Simone Rebmann einfach Kandidatin für das Amt der Regierungstatthalterin Bern-Mittelland. Und damit

Herausforderin von **Christoph Lerch** (SP). Auf **www.regierungsstatthalter.ch** wirbt übrigens der Thuner Statthalter Marc Fritschi für sich.

Simone Rebmann, 44-jährig, verheiratet, diplomierte Landwirtin, ehemals Sennerin auf Alpen im Oberland, Mitglied der Kleinpartei GPB (Grüne Partei Bern), die in Bern am linken Rand politisiert. Rebmann arbeitet als Juristin bei einer Zürcher Kanzlei, im August macht sie die Anwaltsprüfung. Zuvor tritt sie am 9. Juni zur Wahl als Regierungstatthalterin Bern-Mittelland an. Zum einen, um «eine demokratische Wahl zu ermöglichen». Zum andern, weil sie das Amt interessiere, ein Amt, in dem man nahe bei den Leuten sei. Und «durchaus Spielraum» habe, auch wenn man sich durch sachliche Kriterien leiten lassen müsse.

Angriff auf Lerch

«Es kommt darauf an, wie man ein Verfahren gestaltet, gerade bei unliebsamen Entscheiden», sagt sie. Hier setzt ihre Kritik an Amtsinhaber Lerch an. «Er versteckt sich hinter Gesetzen», findet Rebmann, «und nützt diesen Gestaltungsspielraum zu wenig.» Sie spricht die Entscheide Lerchs rund um die Reitschule an. Lerch habe damals «nicht überlegt entschieden und nicht den Dialog gesucht, wie ich ihn anstrebe», sagt Rebmann. Die gehässigen Kampagnen gegen Lerch bezeichnet sie als «unschön und extrem hart». Zumindest theoretisch könnte ihr dies als Statthalterin auch passieren, sagt sie.

Als Statthalterin Bern-Mittelland wäre Simone Rebmann für die Stadt Bern und 96 weitere Gemeinden zuständig. Die Form der Gemeinde hält sie für «sehr interessante Gebilde, die es zu schützen gelte. Zwangsfusionen gelte es zu verhindern. Keine Kompromisse kenne sie, wenn es um

Grundrechte gehe, «da geht es um Minimalgarantien und Schutz vor Behördenwillkür». Und noch einen Trumpf führt sie ins Feld: Als Mitglied einer Kleinpartei sei sie nicht mit den Regierenden verhandelt. (Berner Zeitung)

Erstellt: 31.05.2013, 12:01 Uhr

Noch keine Kommentare